



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### Verurteilung der völkerrechtswidrigen militärischen Invasion in Syrien

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die militärische Invasion der Türkei in Syrien stellt eindeutig eine Verletzung des Völkerrechts und damit des Nato-Vertrages dar. Daraus folgt, dass die Türkei mit sofortiger Wirkung aus der Nato auszuschließen ist oder Deutschland seine Mitgliedschaft in diesem Militärbündnis suspendiert, da ansonsten der Bündnisfall droht. Sämtliche Waffenlieferungen, auch bereits genehmigte, in die Türkei sind sofort zu stoppen.
2. Die kurdische Selbstverwaltung im Norden Syriens war die wichtigste Verbündete im Kampf gegen den IS auf syrischem Boden und die einzige politische Kraft, die in Syrien Prinzipien einer demokratischen Selbstverwaltung und der Sicherung der Rechte von Frauen durchgesetzt hat. Sie verdienen unsere Solidarität und Unterstützung in der Gefahr ihrer völligen Vernichtung.
3. Das faktische Gewährenlassen der Türkei nicht nur durch die USA, sondern aufgrund des Flüchtlingsdeals zwischen der EU und der Türkei durch die EU und insbesondere Deutschlands, dokumentiert den Verrat an humanistischen Grundwerten in der europäischen Flüchtlingspolitik.
4. Durch die Zerstörung der Lebensgrundlagen und die unmittelbare militärische Bedrohung von Leib und Leben von hunderttausenden Kurdinnen und Kurden in Nordsyrien werden neue Fluchtursachen geschaffen, deren Konsequenzen sich Europa und Deutschland infolge ihres Versagens zu stellen haben.

### Begründung

Die völkerrechtliche Invasion des Nato-Partners Türkei in Nordsyrien stellt einen Bruch des Völkerrechts dar und muss zu breitem Protest der demokratischen Kräfte in der EU und Deutschland führen.

(Ausgegeben am 16.10.2019)

Auch in Sachsen-Anhalt gingen Menschen gegen diesen Krieg auf die Straße. Auch in Sachsen-Anhalt leben Menschen, die schon in der Vergangenheit aus den betroffenen Gebieten vertrieben worden sind und deren Chancen auf Rückkehr in ihre Heimat gerade zunichte gemacht werden.

Durch die drohende militärische Vernichtung des wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen den IS droht die Wiederbelebung dieses terroristischen Netzwerkes mit Konsequenzen auch für die Sicherheitslage in Sachsen-Anhalt.

Thomas Lippmann  
Fraktionsvorsitzender